

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 Mk., auswärts 2.— Mk. Einmalige Anzeigen unter 100 Zeilen 1.00 Mk., 100 bis 200 Zeilen 1.50 Mk., 200 bis 300 Zeilen 2.00 Mk., 300 bis 400 Zeilen 2.50 Mk., 400 bis 500 Zeilen 3.00 Mk., 500 bis 600 Zeilen 3.50 Mk., 600 bis 700 Zeilen 4.00 Mk., 700 bis 800 Zeilen 4.50 Mk., 800 bis 900 Zeilen 5.00 Mk., 900 bis 1000 Zeilen 5.50 Mk. Kleinanzeigen bis 1000 Zeichen 1.00 Mk., 1001 bis 2000 Zeichen 1.50 Mk., 2001 bis 3000 Zeichen 2.00 Mk., 3001 bis 4000 Zeichen 2.50 Mk., 4001 bis 5000 Zeichen 3.00 Mk., 5001 bis 6000 Zeichen 3.50 Mk., 6001 bis 7000 Zeichen 4.00 Mk., 7001 bis 8000 Zeichen 4.50 Mk., 8001 bis 9000 Zeichen 5.00 Mk., 9001 bis 10000 Zeichen 5.50 Mk. Expedition Straßburg 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 119, durch die Zweigstelle, Zigarrenstraße 119, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Preis monatlich 18.—, vierteljährlich 54.—, halbjährlich 108.—, jährlich 216.—.

Um die allgemeine Landabrüstung.

Die Teuerungsziffern für März 15% höher als Februar, 150% höher als 1921.

Nach einer kurzen Verlangsamung der Teuerungsentwicklung gegen Ende Februar ist die Teuerung im März weiter stark zu. Die vom statistischen Reichsamte auf Grund von Erhebungen über die Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindex für Lebenshaltungskosten ist durchschnittlich im März auf 232 gestiegen. Gegenüber dem Februar 1922 sind die Lebenshaltungskosten um 15.7 v. H., gegenüber Januar 1922 um 40.1 v. H., gegenüber März 1921 um 155.5 v. H. gestiegen.

Ungefähr gleich stark wie die Gesamtausgaben sind in dem Berichtswortum die Ernährungskosten gestiegen. deren Index für den Durchschnitt im März 3152 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Erigerung von 15.6 v. H., gegenüber März 1921 eine Erhöhung von mehr als 167 v. H. des damaligen Standes. An der Steigerung haben fast ausschließlich die Lebensmittel teil. Nur einige Gemüsesorten, Schokolade und Eier blieben in einer Reihe von Gemeinden etwas billiger, während Fleisch und Fett allenthalben ganz besonders im Preise angesetzt. Der Preis für den ersten Mal die starke, Mitte Februar eingetretene Preissteigerung in der Indexziffer voll zum Ausdruck.

Weit mehr als die Ernährungs-Gesamtkosten haben die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung im Durchschnitt des März gegenüber dem Vormonat zugenommen. Sie im März erweiterten Steigerung der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vormonaten in den Großstädten nicht ganz so bedeutend wie in den mittleren und Kleinstädten gewesen.

Politik und Kurze.

An der Berliner Börse wurde am Mittwoch die politische Lage sehr ungünstig beurteilt. Vor allem drückt die allgemeine Unklarheit über den Verlauf der bevorstehenden Konferenz von Genua eine Unsicherheitsstimmung aus. Infolge dessen nahen die Kurse für den Deutschen und Österreichischen Staatsanleihen stark. Ähnlich notierten: Kabel Rom und London 1922, Holland 1922. Am Wertpapiermarkt war die Tendenz vorwiegend schwächer. Etwas lebhafteres Geschäft entwickelte sich in Rohwaren und oberirdischen Papieren.

Reaktion und Schule.

Im Reichstagsausschuss für Bildungswesen wurde am Mittwoch die Beratung über den entscheidenden Paragraphen 1 des Reichsschulgesetzes beendet. Nach längerem Debattieren wurden die Anträge der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt und die in gleichlautender Fassung vorliegenden Anträge der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums angenommen. Danach erhält der § 1 folgenden Wortlaut: „Die Volksschulen sind entweder Gemeindefachschulen (§ 2) oder Volksschulen (§ 3) oder Volksschulen (§ 4). Den drei Schulklassen dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.“ Eine demokratische Resolution, die besagt, daß der Inhalt der angenommenen Anträge im Widerspruch steht zum Wortlaut und Geist der Verfassung, gelangte noch nicht zur Abstimmung. Vor der Abstimmung hatte Staatssekretär Schulz erklärt, es sei eine neue Lage geschaffen, wenn beschlossen würde, daß alle drei Schulklassen gleichberechtigt seien. Dadurch würde die Grundlage des Entwurfs verschoben, und die Reichsregierung müsse zu der Angelegenheit erneut Stellung nehmen.

Calonders letzter Versöhnungsversuch.

Das Völkerbundsekretariat erläßt folgende amtliche Mitteilung: Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz, Calonder, hat die beiden Bevollmächtigten zu einer Besprechung eingeladen, um in der kritischen Frage der Liquidation des deutschen Besitzes in Polnisch-Oberschlesien einen letzten Versöhnungsversuch vorzunehmen. Diese Besprechung soll Sonnabend, den 8. April, 12 Uhr vormittags, stattfinden. Falls dieser letzte Versuch fruchtlos verläuft, wird Präsident Calonder die beiden Bevollmächtigten zu einer öffentlichen Sitzung im Völkerbundsekretariat auf Mittwoch, den 12. April, 11 Uhr vormittags, einberufen und in dieser Sitzung seinen Schiedspruch bekanntgeben. Damit können die Verhandlungen als abgeschlossen gelten und es würden nur die reaktionellen Arbeiten zu beenden sein, an denen der damit besonders beauftragte Ausschuss eifrig arbeitet.

Die Staatsrats- und Reichsratsmitglieder für Oberschlesien.

Die vorläufigen Landtagsabgeordneten für Oberschlesien wählten gestern die vorläufigen Mitglieder des preussischen Staatsrats und die des Reichsrats für die Provinz Oberschlesien. Wahlvorschläge lagen von unserer Partei und vom Zentrum vor. Gewählt wurden in den Staatsrat: die Genossen Klempnermeister Ossowski (Hindenburg), Gewerkschaftssekretär Ernst Propp (Weuthen) und die Zentrumskandidaten Oberpräsident Witt, Bürgermeister Dr. Stephan (Weuthen) und Generaldirektor v. Prondziński (Großschöwich). Als Stellvertreter wurden die Zentrumskandidaten Mager, Zipper und Schmäde und die Sozialdemokraten Busch und Dzensky gewählt. In den Reichsrat zieht Graf Prasanna, als dessen Stellvertreter Dr. Zimmer (Hönigsdorf) ein.

Polen rückt wieder vom osteuropäischen Abrüstungsvertrag ab.

Die „Necapospolita“ bringt ein Pariser Interview mit dem polnischen Außenminister Skirmunt, der sich kürzlich dahin geäußert hat, die Rigaer Beschlüsse seien lediglich als Wünsche an die beteiligten Regierungen zu betrachten, da der polnische Delegierte Jodko nicht bevollmächtigt gewesen sei, die polnische Regierung nach irgend einer Richtung zu binden. Ferner erklärte Skirmunt, die französische Regierung erkenne die durch den Warschauer Sejm erfolgte Regelung der Wilna-Frage an.

Minister Skirmunts Kraftloserklärung der Rigaer Abrüstungsbeschlüsse kommt beziehungsweise aus Paris, wo er sich vor Genua aufhält. Tschitcherins und Lloyd Georges Hoffnungen auf allgemeine Landabrüstungsbeschlüsse in Genua werden damit schwer getrübt. Osteuropa soll nach den Pariser Wünschen weiterhin als Ruheherd konzentriert werden, um im Interesse der französischen Nachpolitik den polnischen Militarismus und die südoeuropäische Sonderbundspolitik, die sich teils gegen Rußland, teils gegen Italien richtet, gleichzeitig zu rechtfertigen.

Was Poincaré noch von Genua befürchtet.

Die „Petit Parisien“ mitteilt, ist im gestrigen Kabinettsrat festgelegt worden, daß die französische Delegation, die sich nach Genua begeben, keine unbedingte Vollmacht besitzt und daß sie für Entscheidungen, die sie zu treffen hat, jedesmal bei der Regierung anfragen solle. Aus diesem Grunde verlangt „Petit Parisien“, die Regierung möge erklären, ob Frankreich nach Genua gehe, um ein Programm vorzulegen, oder ob es dahin gehe, um sich gemäßigteren und bedingten Zurückhaltung aufzuerlegen. Das Blatt erinnert an die Aufforderung Tardieus, die er vorerst in der Kammer hat ergehen lassen. Frankreich müsse in Genua ein positives Programm haben. Poincaré befürchte, daß Lloyd George in Genua verlangen werde: 1. Sofortige Anerkennung der Sowjetregierung; 2. Beschränkung der Streitkräfte Polens; 3. Herabsetzung der Rüstungen zu Lande; 4. Einsetzung eines ständigen Obersten Rates, in dem Deutschland mindestens eine konsultative Stimme haben würde. Wegen dieser Befürchtung hat die italienische Regierung Poincaré vorgeschlagen, vor der Eröffnung der Konferenz eine Versammlung zwischen den Vertretern der drei alliierten Großmächte abzuhalten. Poincaré aber habe geantwortet, er genehmige diesen kleinen Obersten Rat nur unter der Bedingung, daß er vorbereitet sei und daß er unter keinem Vorwand nach der Eröffnung der Konferenz weiter bestehe. Das Blatt fügt hinzu, es sei traurig, daß am Vorabend des Kongresses der europäischen Wiedergeburt die französische Politik den Eindruck erwecke, von Misträuen geleitet und von Zucht beherrscht zu sein.

Die kleine Entente geht geschlossen nach Genua.

Nach „Petit Parisien“ werden die Staaten der Kleinen Entente am 8. April in Genua eine Vorbesprechung abhalten, die gleichermäßen die Fortsetzung der Beratungen sein wird, die vor einem Monat in Bukarest stattgefunden haben.

Frankreich und England.

Reuter meldet aus Paris, es bestätigte sich in britischen Kreisen, daß das Londoner Kabinett nach Paris eine Note gesandt habe, in der die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt wird, daß der französisch-britische Dreijahresvertrag, der demnächst abläuft, und nach dem Frankreich an Großbritannien keine Zinsen für die geliehenen Beträge zahlt, nicht erneuert wird.

Noch ein zweites Votum für Lloyd George

Das englische Unterhaus hat den Antrag der unversöhnlichen Unionisten, in dem die politischen Grundsätze der Koalitionsregierung beurteilt werden, nach lebhafter Debatte mit 288 gegen 95 Stimmen abgelehnt. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, sowie einige unabhängige Liberale stimmten mit den „Unversöhnlichen“.

Die französischen Gewerkschaften gegen Poincaré.

Der geschäftsführende Ausschuss des allgemeinen Arbeiterverbandes beschäftigte sich mit dem Vorschlag der Regierung, den Verband an der französischen Delegation für die Konferenz in Genua mit einem Vertreter zu beteiligen. In einer Mitteilung an die Presse erklärt der Ausschuss, der Allgemeine Arbeiterverband könne sich angesichts der Fragen, die aus der Konferenz in Genua aufgeworfen würden, auf der Interessen der Arbeiter der Welt auf dem Spiele stehen und behauptet, nicht desinteressieren. Der Ausschuss stelle fest, daß die Regierung vor dem Druck der reaktionären Parteien und Unternehmern nachgegeben und ihren Vorschlag abgeändert und rückgängig gemacht habe.

Einheitsfront mit den Kommunisten?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Konferenz der drei Exekutiven in Berlin hat zu einer Einigung nicht geführt. Man kann eher von ihr sagen, daß durch sie die vorhandenen Gegensätze den Massen nur noch stärker ins Bewußtsein gehämmert worden sind. Jetzt werden natürlich die Kommunisten in ihre Ränktrompeten stoßen und das übliche Schimpfkonzept gegen die Zweite Internationale veranstalten. Es hätte gar keinen Zweck, mit der gleichen Instrumentation zu antworten. Lieber sei hier in aller Ruhe untersucht, warum eine Einigung nicht möglich gewesen ist.

Die Konferenz der drei Exekutiven war von der Wiener Arbeitsgemeinschaft einberufen und ihre Aufgabe war es, zu entscheiden, ob in naher Zeit ein allgemeiner Kongreß der sozialistischen und kommunistischen Parteien stattfinden sollte oder nicht. Die Einberufung eines solchen Kongresses, der viel Kräfteaufwand und Kosten verursacht, hätte aber nur dann einen Sinn gehabt, wenn Aussicht bestanden hätte, auf ihm zu greifbaren praktischen Ergebnissen zu kommen. Die Berliner Konferenz hat aber nicht einmal gezeigt, mit welchen Gegenständen sich ein solcher allgemeiner Kongreß beschäftigen könnte, geschweige denn, wie eine Einigung über diese Gegenstände auf ihm zu erzielen wäre.

Die Zweite Internationale steht bekanntlich in enger Verbindung mit der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam. Die Sozialdemokratische Partei Georgiens ist ihr unmittelbar angeschlossen, die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands steht ihr nahe. Die russischen Sozialdemokraten (Menichewitski) gehören zwar der Wiener Arbeitsgemeinschaft an, nehmen jedoch aus selbstverständlichen Recht der Solidarität die Hilfe der Zweiten Internationale ständig für sich in Anspruch. Nun werden die Gewerkschaften von Moskau aus mit Zertrümmerung bedroht, Georgiens Selbstbestimmungsrecht ist vom bolschewistischen Imperialismus vergewaltigt, Sozialrevolutionäre und Menichewitski sind in Rußland vogelfrei. Die Zweite Internationale ist dazu berufen, alle diejenigen zu vertreten, die von Moskau aus bedroht und bedrückt werden, außerdem ist ja die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die bolschewistische Zellentaktik ihre eigentliche Angelegenheit, denn mit der gewerkschaftlichen Breche auch die politische Arbeiterbewegung zusammen.

Daher kommt es, daß Vertreter der Zweiten Internationale mit den Bolschewitski nicht verhandeln können, ohne zu allererst diese brennenden Fragen zu erledigen. Hätte die Zweite Internationale, wie man ihr unterstellt, von vornherein die Absicht gehabt, jede Einigung mit der Dritten Internationale zu vereiteln, so hätte sie die Diskussion nur auf die allgemeinen Prinzipienfragen der Demokratie und der Diktatur zu lenken brauchen. Sie hat das nicht getan. Es war nicht ihre Absicht, die etwaige Möglichkeit, über Einzelfragen zu praktischer Übereinstimmung zu gelangen, in breiten theoretischen Debatten untergehen zu lassen. Aber solange die dritte Internationale ihre Zertrümmerungsarbeit an den Gewerkschaften Europas fortsetzt, solange Georgien unter der eisernen Faust des roten Militarismus gehalten wird, solange Sozialisten nichtbolschewistischer Richtung in Rußland den grausamsten Verfolgungen unterliegen, kann sie nicht mit der Dritten Internationale so verhandeln, als ob diese Tatsachen überhaupt nicht bestünden.

Man wird die Frage aufwerfen, was wohl das Ergebnis gewesen wäre, wenn die Zweite Internationale auf ihre Bedingungen für weitere Verhandlungen glatt verzichtet hätte. Wer die Kommunisten kennt, weiß, daß auch dann kein anderes Ergebnis zu erwarten war, als Null Komma Null. Man hat in großen Tönen von der Einheitsfront des Proletariats gegen die Offensive des Kapitalismus gesprochen, aber man ist nicht dazu gekommen, zu erörtern, was unter diesem wohlklingenden Schlagwort zu verstehen ist. Einheitsfront ohne gemeinsame Strategie und Taktik ist ein Widerspruch in sich. Wie wollte man aber zu einer solchen gemeinsamen Strategie und Taktik kommen können? Die Ansichten auf beiden Seiten über die gegebenen Kampfbedingungen und die Möglichkeiten des Erfolges sind grundsätzlich von-

einander vollkommen verschieden. Die Zweite Internationale hat den Mut gehabt, auszusprechen, daß die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen ein langwieriger Prozeß ist, der durch überhäufte Handlungen und gewalttames Vorgehen nicht gefördert werden kann, daß es darum vor allem gilt, die errungenen Positionen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu festigen und die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft vorhandenen Elemente sozialistischer Gemeinschaft organisch auszubauen. Die Parteien der Dritten Internationale gingen ursprünglich von dem Glauben aus, daß die kapitalistische Gesellschaft wie eine Felsung im Sturm zu erobern sei und daß man auf ihren Trümmern nur die rote Fahne aufstecken brauche, um den Sozialismus zu verwirklichen. Dieser Irrglaube ist durch die Erfahrung widerlegt worden und wird in seiner ursprünglichen naiven Form kaum noch verkündet. Die kommunistischen Parteien haben aber deswegen noch immer nicht aufgehört, so zu handeln, als ob das unumstößliche Wahrheit wäre, wovon jedermann heutzutage doch weiß, daß es nur ein Trugbild ist.

Wie hätte unter solchen Umständen eine Einheitsfront des Proletariats unter kommunistischer Mitwirkung zustande kommen können? Die Kommunisten haben das Schlagwort von der Einheitsfront des Proletariats nur darum ausgegeben, weil sie sehen, daß sich in Wirklichkeit immer stärker und deutlicher eine ganz andere Einheitsfront herausbildet, eine Einheitsfront, die sie fürchten, wie der Teufel das Weihwasser. Das ist die Einheitsfront der auf dem Boden der Demokratie stehenden praktischen Arbeiterinteressen vertretenden sozialistischen Parteien mit der Gewerkschaftsbewegung. Gegen diese wirkliche Einheitsfront laufen sie mit ihrem Schlagwort von der Einheitsfront Sturm. Die wirkliche Einheitsfront wird aber erst dann vollkommen geschlossen sein, wenn es vielleicht noch Kommunisten dem Namen nach geben wird, aber nicht mehr Kommunisten von der Art, wie es sie heute noch gibt. Nur im Kampf um die bessere Erkenntnis gegen das fanatische Nachstreben einer kleinen Minderheit wird sich diese wirkliche Einheitsfront des Proletariats vollenden.

Das neue Karthago.

Von Georges Gekhou.
(Nachdruck verboten.)
17] Ueber ihnen in den Salons vernahm man noch immer die Stimme der Frau Bérard, die so tief melancholisch klang. Diese Stimme würde den Fabrikanten bis ins Innerste seines Herzens durchdringen. Er hatte sich nicht von ihm getrennt. Er hatte übrigens keineswegs sich einer Uebertreibung schuldig gemacht, als er sagte, er befände sich selbst in schwierigen Verhältnissen. Auf ganz kurze Zeit brachte die Fabrik nur Verluste, und es war nur noch die Hälfte der Arbeiter darin beschäftigt. Schon gebannt hatte Doboziez alle verfügbaren Mittel aufgeworfen, um Bérard wieder auf die Beine zu helfen. Auch er wurde von der Zahlungsunfähigkeit der amerikanischen Firma, von der sein Schwiegersohn gerettet, betroffen. Was sollte er angefangen dieser neuen Schwierigkeit tun? Er konnte sich selbst nur dadurch aus der Klemme ziehen, daß er die Fabrik und sein ganzes Eigentum mit einer Hypothek belastete.

handlungen dieses Prozesses öffentlich sind, folglich auch Vertreter aller drei Exekutiven als Zuhörer beizubringen können, denen es auch gestattet sein wird, fotografische Aufnahmen zwecks Berichterstattung an die der Exekutive angeschlossenen Parteien vornehmen zu lassen.

Die Konferenz stellt fest, daß jede der drei Exekutiven sich bereit erklärt, das von den verschiedenen Richtungen in Aussicht gestellte Material über die Frage der Organisation entgegenzunehmen und einer Prüfung zu unterziehen. Die Konferenz beauftragt das Organisationskomitee, die Schlussfolgerungen dieser Prüfung zu sammeln und einer späteren Konferenz der drei Exekutiven Bericht zu erstatten.

Die Konferenz stellt fest, daß die Vertreter der Zweiten Internationale die Erklärung abgegeben haben, daß sie die Verantwortung einer allgemeinen Konferenz ohne weitere Verhandlungen mit den ihr angeschlossenen Parteien während des Monats April, also während der Tagung der Konferenz von Genoa nicht für möglich halten. Die Konferenz ist auch im Prinzip einig über die Notwendigkeit der Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Die Exekutiven übernehmen die Aufgabe, die ihnen angeschlossenen Parteien über die Fortschritte, die der Gedanke der allgemeinen Konferenz in der Beratung in Berlin gemacht hat, zu informieren und werden ihren Mitglidern im Organisationskomitee Vollmachten erteilen, die Beratungen über die Einberufung einer allgemeinen Konferenz zu einem endgültigen Ergebnis zu bringen.

Da die Organisation der allgemeinen Konferenz im Laufe dieses Monats aus den oben angegebenen Gründen nicht möglich ist, erklärt die Konferenz als notwendigem Schritt gegenüber dem Substrat des internationalen imperialistischen Kapitalismus, den positiven Willen des internationalen Klassenbewußtseins unmittelbar in einer internationalen Massenaktion zum Ausdruck zu bringen. Die Konferenz fordert daher die Arbeiter aller Länder auf zu freiwilligen, möglichst großen Massenkundgebungen während der Konferenz von Genoa und zwar am 29. April und, wo dies aus technischen oder organisatorischen Gründen nicht möglich, am 1. Mai zu demonstrieren.

Sämtliche Mitglieder gaben zu dieser Erklärung eine Sondererklärung ab, um ihren Standpunkt zu bezeichnen, soweit er in der gemeinsamen Erklärung nicht widerlegt werden konnte.

Die Erklärung der Zweiten Internationale hat folgenden Wortlaut:

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale nimmt das Prinzip einer allgemeinen Konferenz an, die abgehalten werden soll, sobald der Boden für eine gemeinsame Aktion gefunden ist. Sie ist jedoch überzeugt, daß ein gedeihliches Ergebnis nur dann zu erwarten ist, wenn die Dritte Internationale auf die Taktik der Selbstbildung und Spaltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung verzichtet, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt und dort, wo sie die Macht hat, auf die Freiheitsrechte Andersdenkender achtet. Darum besteht das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale darauf, daß auf die drei Bedingungen, die es gestellt hat, von der dritten Internationale eine schriftliche, genaue Antwort gegeben wird.

Karhoff erklärte sich in der Sitzung des Exekutivkomitees bereit, sobald eine Formulierung der Frage vorliegt, die geforderte schriftliche Antwort zu geben.

Am Namen der deutschen Sektion der Zweiten Internationale gab Genosse Reis eine Erklärung zu Protokoll, die sich gegen die Parallele richtet, die Karhoff am Sonntag in Bezug auf Freizeiten zwischen Karhoff und Karhoff gezogen hat.

Mit dem Schließen der Internationale nahm die Sitzung nach 12 Uhr nachts ihr Ende.

Aus dem Reichstag.
Am Mittwoch wurde im Reichstage die Aussprache über den Haushalts des Reichsministeriums des Innern mit einer Rede des Deutschen Volksparteilers v. Karhoff fortgesetzt. Dieser volksparteiliche Abgeordnete ist ein langjähriger Redner mit reicher politischer Erfahrung, die er geschickt zu verwerthen weiß. Er hatte deshalb die volle Aufmerksamkeit des Hauses, und doch war seine Rede eine Enttäuschung. Wie kann die Deutsche Volkspartei glauben, daß die Sozialdemokratie mit ihr in einer Reichsregierung arbeiten könne, wenn das Mitglied ihrer Fraktion, das man bisher für verhältnismäßig linksstehend hielt, mit Hohn über die sozialistischen Minister und die nachrevolutionären Regierungsgremien spricht. Es scheint bei den bürgerlichen Parteien eine besonders ablehnende Stimmung gegen den Genossen Karhoff zu herrschen, und die Tatsache, daß dieser Minister einige Erstaatssekretäre im Reichstag, die er nicht im Reichstag vergewaltigen zu werden Karhoff lassen nur offen aus, was auch im Zentrum und bei den Demokraten manche Abgeordnete denken. Bezeichnend war Karhoff's Lobgedang auf Wagner, wo die alte Ordnung wieder hergestellt werden sei. Zustimmung fand v. Karhoff bei dem Teil seiner Rede, der den fremden Besatzungsmächten im Rheinland die Politik des preußischen Besatzungsregiments v. Manteuffel im Jahre 1871 in Frankreich als Vorbild entgegenstellt. Neu waren keine Ausgrabungen über französisches Lob an General v. Manteuffel jedoch nicht, denn schon im vorigen Jahre hat ein sozialdemokratischer rheinischer Abgeordneter diese geschichtlichen Einseitigkeiten im Reichstage vorgebracht. Eine schlimme Fälschung gab sich v. Karhoff, der höch-

ster Abgeordneter ist, mit einem in leidenschaftlicher Erregung herausgeschleuderten Vorwurf an die Reichsregierung, daß sie nichts für die durch die Kuffen de geschädigten Oberstleutnant getan habe. Reichsminister Karhoff antwortete ihm sofort, daß die Reichsregierung hundert Millionen Mark für diese Reparationsaktionen bereitgestellt habe, und daß 75 Millionen Mark davon schon ausgezahlt seien. Diese prompte Abfuhr des volksparteilichen Kritikers machte auf allen Seiten des Hauses großen Eindruck. Erfreulich war, daß der demokratische Fraktionsredner Dr. Wahnke insofern von dem Abgeordneten v. Karhoff abrückte, als er ausdrücklich feststellte, daß Karhoff's Ministerrede keinesfalls parteipolitisch gewesen sei, sondern ihren ganzen Inhalt nach viel Einiges gebührt habe.

Durch eine kluge und geschickte Rede festelte dann unsere bayerische Genossin Toni Hüß das Haus. Sie begann mit einer Würdigung der Verhältnisse im besetzten Gebiete und vergah dabei auch nicht die Fehler, die von deutscher Seite gemacht worden. Zwei monarchistische Gaulöcher aus der bestien Pfalz, gedruckt im Jahre 1921, die die Rednerin auf den Tisch des Hauses niederlegte, wurden viel beachtet. Mit großem Nachdruck wies Genossin Hüß die Angriffe gegen die Beamtenpolitik des sozialdemokratischen Innenministers zurück. Gerade das Zentrum habe keinen Grund, sich über Zurücklegung zu beschwören. — Nach einer Rede des bayerischen Volksparteilers Leißl, der die fürderliche Erneuerung des Volkes durch einen moralischen Einwirkung auf die Jugend ergänzt wissen will, beantwortete Minister Karhoff die Interpellation Wum in über den Kampf gegen literarischen Schund und Schmutz. Der Minister hob das Problem auf die Höhe empor, in der es betrachtet zu werden verdient. In knappen Sätzen umriss er die Ursachen der moralischen Verwilderung: den Krieg, die Trennung der Frontsoldaten und Kriegsgefangenen von ihren Familien, die Heberdenkennung ganzer Länder mit Millionenheeren, das Herausreißen der Frauen und Mädchen aus den Familien zur Arbeit in den Kriegsbetrieben. Die Forderung der moralischen Bindungen wurde von dem Minister als eine internationale Erscheinung gewürdigt. Es ist klar, daß man bei einer solchen Auffassung der Frage sich wenig von einigen neueren papierenen Paragrafen verpöhlen kann. Mit der tiefen Kenntnis des künstlerischen und philosophischen gebildeten Menschen erörterte dann Karhoff die Gefahren, die aus einer Verschärfung der Besatzung für die Kunst entstehen könnten, deren Freiheit man doch unmöglich in pädagogische Grundzüge für die unreife Jugend einspannen könne. Der Minister ist der Auffassung, daß der § 184 des Strafgesetzbuches und die Reichsgewerbeordnung vollkommen zum Kampfe gegen Schmutz und Schund ausreichen, wenn sie richtig angewendet werden. Leider aber liegen es die Gerichte wirklich manchmal an dem nötigen Eingreifen fehlen. In einer eleganten Polemik führte Karhoff dann die Angriffe des Herrn v. Karhoff ab. Mit vollem Rechte sagte er, er begreife nicht, wie man ihm seine Rede als parteilich ankreiden könne, wenn er nichts anderes getan habe, als sich zur republikanischen Verfassung zu bekennen, zu deren Durchföhrung er nun Amtswegen verpflichtet sei. Die sozialdemokratische Fraktion dankte dem Minister, der sich in dieser Haushaltsdebatte ausgezeichnet gehalten hat, durch demonstrativen Beifall.

Im Hauptauschuß des Reichstages

forderte Abg. Karcken (U. So.) bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums eine großzügige Verringerung der sozialen Gesetzgebung und kritisierte die Vergabe von 6 Milliarden Mark aus den Mitteln der Reichsversicherungsanstalten für Zwecke des Wohnungsbauens. Genosse Karcker begrüßte es, daß in den Etat 20 Millionen Mark für Maßnahmen der Erwerbs- und Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte eingestellt wurden. Bei der Neugestaltung der Sozialversicherung müsse der Gesichtspunkt der Schaffung eines großen einheitlichen Fürsorgegesetzes in den Vordergrund treten. Berufsunfähigen müßten den Betriebsunfällen gleichgestellt und die Neugestaltung und Vereinfachung des gesamten Arbeiterrechts schleunigst durchgeführt werden. Genosse Giebel forderte die Vereinfachung der unterschiedlichen Behandlung der Arbeiter- und Angestelltenrechte und wandte sich gegen die Herauslösung des Angestelltenrechts aus dem allgemeinen Arbeitervertragsrecht. Genossin Schröder vermißte den angefügtigen Gesetzentwurf, der die technischen Unkümlichkeiten der Reichshilfe beseitigen soll und erwartet, daß dieses Verzeichnis bald nachgeschickt wird. Genossin Goh Klage darüber, daß durch Einzelvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezüglich des Arbeitsentgeltes der Arbeiterschaftslegen Boden und Inhalt entzogen würde. Von bürgerlicher Seite wurden Forderungen über den großen Verwaltungsapparat in der Sozialgesetzgebung, über die schematische zwangsweise Durchführung des Arbeitsentgeltes und über mangelhafte Arbeitsleistungen in den Versorgungsämtern vorgebracht. Allgemein anerkannt wurden die Leistungen des Ministeriums.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Pfarrer Krell wird als Referent für kulturpolitische Angelegenheiten in das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete eintreten.

Die Änderungen innerhalb der „Freiheit“-Redaktion werden noch in dieser Woche vorgenommen werden. Dittmann wird die Chefredaktion für Dr. Hilferding übernehmen. Ferner scheiden aus Herz und Prager, für die Hennig-Dresden und Marchionni-Leipzig eintreten werden.

nicht alles verloren, zum Teufel! Sie müßten denn geradezu Wert darauf legen, mich in den Morast zu lassen, in dem ich zu versinken drohe. Ich habe auf diesem Blatte angedreht. — Sie können es mitnehmen, um die Richtigkeit der Zahlen in aller Ruhe zu prüfen — daß meine Schulden und meine Verpflichtungen sich gegenwärtig auf zwei Millionen Franken belaufen. ... Aber sagten Sie doch nicht so auf. ... Bitte lassen Sie mich doch die Tage aussinnen. ... Mit dem Karbentand, über den ich momentan verfüge, kann ich die vier ersten Termine, nahezu 500 000 Franken, bezahlen. Das langt bis zum ersten nächsten Monats.

„Und dann?“
„Dann zähle ich auf Sie.“
„Sie zahlen wirklich darauf, daß ich Ihnen mehr als eine Million verschaffe?“
„Ich muß unbedingt darauf zählen.“
Doboziez ergreifende Schreie tritt wieder ein, während Gina da oben noch immer die Ohren weichen der deutschen Meister singt und sich selbst dabei begleitet.

Doboziez hält sich beide Hände vor die Stirne, die er drückt, wie wenn er das Gehirn aus dem Kopfe pressen wollte, dann aber läßt er die Hände sinken, springt auf, und mit geschloffenen Händen sagt er, ohne weitere Anstimmungen über den überstehenden Entschluß zu geben, den er eben gefaßt hat:

„Lassen Sie mir vierzehn Tage Zeit. ... Ich will leben. ... Aber verzeihen Sie sich nicht auch mehr bis dahin.“

Der andere verzieht, daß der Schwiegervater ihn retten wird, und streckt ihm die Hand entgegen, indem er in jeden Ausdrücken ihm dankt.

Aber Doboziez weicht vor ihm zurück und legt die Hände auf den Rücken.

„Bitte sehr“, sagt er. Wenn Sie wirklich sich dankbar erweisen können, so besorgen Sie Gina und dem Kinde Ihre Ernährungsweise. Wenn die beiden nicht im Spiele wären. ... Er vollendet den Satz nicht, und Bérard, der ihn wohl verstanden hat, bemerkt nichts dazu.

Reide gehen wieder hinan in die Salons und geben sich den Aufzügen, als redeten sie über etwas Geschäftliches.

Doboziez zieht sich bald zurück. Gina begleitet ihn in die Korralle und hilft ihm seinen Pelzmantel anziehen. Dann hält sie ihm die Stirn zum Kusse dar. Doboziez drückt seine Lippen

lange darauf, nimmt ihren Kopf zwischen seine Hände, betrachtet ihn mit Stolz und mit Zärtlichkeit.

„Wäre ich glücklich, mein Liebling, wenn du noch bei mir wohnst?“ fragt er sie.

„O, gewiß wäre ich gerne wieder bei dir!“ antwortet sie ihm.

„Nun wohl, wenn du verständig bist, und besonders wenn du wieder so guter Stimmung sein willst, wie ehemals, so werde ich es einrichten, daß ich wieder mit dir zusammen wohne. Aber sage noch niemand etwas davon. Gute Nacht, Kind!“

VIII.
Daelmans-Dengze.

Am Eingang einer der auf den Pferdemarkt mündenden Straßen, in denen Patrizierwohnungen sich gleichsam nur ungenen neben Bureaus und Magazinen erheben, in denen immer ein geschäftiges Leben herrscht, steht man eine etwa vierzig Meter lange Mauer, die gewiß schon zweihundert Jahre alt, aber massiv genug ist, um noch auf lange Zeit bestehen zu bleiben.

In der Mitte der Mauer befindet sich das Einfahrtstor zu einem weiten Hofe, der auf drei Seiten von Gebäuden umgeben ist, die zu der Zeit der Erzherzöge Albert und Isabella erbaut wurden, aber seither umgebaut und erneuert worden sind.

Auf einem der äußeren, schwarzen Stängel ist ein großes, glänzendes Kupierschild angebracht, auf dem in großen Buchstaben die Aufschrift steht: „J. B. Daelmans-Dengze u. Cie.“ Der Graver wollte hinausgehen. „Kolossalwaren“, aber man bemerkt ihm, das sei überflüssig. Jedermann weiß in Antwerpen, daß die Daelmans-Dengze vom Vater auf den Sohn mit Kolossalwaren gehandelt haben, schon seit der österreichischen Herrschaft, wenn nicht bereits seit der Glanzperiode der Spania.

Tritt man unter das Tor, das so lang ist wie ein Tunnel eines Stadtwalls, und gelangt man in den Hof, so steht man zuerst einem kleinen, dicken, aber rüstigen Greis mit rottem Gesicht und kurzen, dünnen, krummen Beinen, die beständig in Bewegung sind. Es ist der Portier Pietje, „Pietje de Kromme“, wie die Kommis und die Tagelöhner ihn nennen, ohne daß es ihn ärgert. Sobald er den Eintretenden bemerkt, zieht er seine Miße vor schwarzem Tuch mit lackiertem Schirm, und wenn man dann nach dem Chef der Firma fragt, so antwortet er, je nach der Stunde: „Da hinten im Hause!“ „Hier neben finden Sie ihn“ oder: „Rechts in meinem Bureau.“ (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Landtag.

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die Besprechung des Etats der Selbstverwaltung fort. Zum Wort kamen nur noch einige bürgerliche Abgeordnete. Genosse Peters mußte in persönlicher Bemerkung die Denunziation des Grafen Stolberg zurückweisen, der den Obmann des Betriebsrates des Gestüts Marienwerder als denjenigen bezeichnet hatte, der dem Genossen Peters das Material zu seiner Rede am Dienstag gegeben hatte.

Zum Domänen-Etat sprach für unsere Fraktion wieder Genosse Peters. Er verlangte die Steigerung der Pachtpreise in annäherndem Anlehn an die Preisentwicklung, wobei gleitende Pachtpreise je nach dem Preis der hauptsächlichsten Produkte in Betracht gezogen werden könnten. Man könnte aber auch die Pachtpreise sehr mäßig lassen, wenn eine Möglichkeit bestände, die Erzeugnisse der Domänen zu entsprechend billigen Preisen in den Verkehr zu bringen. Wie gegenständig die Domänen wirken können, zeige die vorzügliche Beseitigung Berlins durch die Domäne Dahlem. Falls es es, den Großgrundbesitz zugunsten der Siedelungen zu verschlagen, weil es Lagen gäbe, wo Großgrundbesitz und andere größere Betriebe vorteilhafter wirtschaften können wie ein Kleinbetrieb. Für vernünftige Siedelungszwecke werde unsere Partei jederzeit Mittel bewilligen.

Zum Schluß der Sitzung ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall. Die Deutschnationalen protestierten erregt dagegen, daß die Regierung erklären wolle, sie sei nicht in der Lage, Anfragen über die Situation im Dautzburger Gebiet zu beantworten. Auffallenderweise schloß sich die Volkspartei, die in Preußen ja hauptsächlich mit zur Koalition gehört, diesem Protest gegen einen Koalitionsminister an. Wenn diese Erklärung abgelesen werden sollte, werden natürlich die Lagen der Koalition bald gefährdet sein. Eine Aussprache über diese Frage unter den Koalitionsparteien wird sehr wahrscheinlich die Folge des Vorfalls sein.

Im Beamtenauschuß des Preussischen Landtages

Am Dienstag zwei Anträge zur Beratung, die der evangelischen und der katholischen Kirche die Mittel verschaffen sollen, die nötig sind, um die Geistlichen in Anpassung an die Beamtengehälter der Gruppen X und XI zu besolden. Die Vertreter der sozialistischen Fraktionen lehnten diese Anträge von vornherein ab. Die Vertreter des Finanz- und Kultusministeriums erklärten, daß bei der Festlegung der Renten der Geldentwertung Rechnung getragen werden sollte, sprachen sich aber gegen die Erhöhung im jetzigen Augenblick aus. Schließlich formulierten die bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen neuen Antrag, über den die Abstimmung vertagt wurde.

Der Fall Hermes.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die Besprechungen über die Beschuldigungen gegen den Reichsminister Dr. Hermes fort. Staatssekretär Dr. Ramm vom Preussischen Landwirtschaftsministerium gab als erster Zeuge eine Darstellung über die Vorgänge, die mit der Beförderung des jetzigen Ministers Hermes zum Ministerialdirektor und später zum Staatssekretär zusammenhängen. Ramm arbeitete längere Zeit mit Hermes in der Düngerbewirtschaftung zusammen und war dem Letzteren bei seinem Aufstieg sehr behilflich. Hermes hat nach Aussage von Ramm jedoch gegen die Beförderung gehandelt, indem er ihm den Posten als Staatssekretär kritisch machen wollte. Als dem Zeugen als damaligen Vorsitzenden der Ackerbaugesellschaft Mitteilung von Beförderung des Regierungsrats Dr. Augustin durch Dr. Chad geworden sei und von dem Eingriff in die Stiefstoffkasse in Höhe von 7000 Mark, habe er sich am 7. Mai 1921 warnend an den Minister Hermes gewandt in der Annahme, daß er für Ordnung in seinem Amte sorgen werde. Statt dessen hat Hermes Ramm gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen, die Warnungen mißachtet und Augustin in jeder Beziehung bedrückt. Zur kritischen Zeit der mehrfachen Unterredungen zwischen Ramm und dem Minister Hermes einerseits sowie Ramm und Staatssekretär Huber andererseits sei der Regierungsrat Augustin in Urlaub gewesen, am 18. Mai habe Staatssekretär Ramm dem Minister Hermes Mitteilung von den angeblichen Verfehlungen gemacht, trotzdem aber ist die Beförderung Augustins am 20. Mai erfolgt. Minister Hermes betont, daß er ein scharfes und schroffes Vorgehen gegen Augustin gefordert habe, sich aber dem Staatssekretär Huber fügte, der als Leiter des Disziplinerverfahrens gegen Augustin keine schwerwiegenden Verfehlungen festzustellen vermochte. Dem Einwand des kommunistischen Abgeordneten Dr. Levi, daß Augustin plötzlich beurlaubt wurde, begegnet Staatssekretär Huber mit der Bemerkung, daß es sich um einen gewöhnlichen Urlaub ohne Rücksicht auf die Anschuldigungen gehandelt habe. Gegenüber einer Frage, ob die nachträgliche Beförderung Augustins als Auszeichnung zu bewerten sei, erklärt Huber ausweichend, seinerzeit eine Zulage für Augustin empfohlen zu haben. Diese Zulage ist jedoch von Hermes abgelehnt worden, schließlich, da der Minister bereits von dem Briefe Ramm's Kenntnis hatte.

Die weiteren Verhandlungen werden für vertraulich erklärt.

Hilger dementiert.

Zu Beginn der Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrates gab das Mitglied Geheimer Bergrat Dr. Hilger folgende Erklärung ab: In der Presse sind in der letzten Zeit im Anschluß an den Bericht über die Generalversammlung des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereines vom 18. März Angriffe gegen mich erfolgt, in denen im wesentlichen folgende Behauptungen aufgestellt wurden:

1. Ich sei aus dem ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein ausgeschlossen oder ausgeschlossen worden. 2. Ich hätte mich dem Verband der polnischen Eisenhüttenwerke in Warschau Verhandlungen angeknüpft mit der Bitte um Aufnahme in die polnische industrielle Organisation, wäre aber abgewiesen worden. 3. Ich hätte mit der polnischen Regierung wirtschaftspolitische Verhandlungen vorgenommen und Lokalitätserklärungen gemacht und mich bereit erklärt, mich in Zukunft jeder politischen Meinungsäußerung zu enthalten und noch eine Reihe anderer Verprechungen abgegeben haben. Auch dort hätte ich fähige Abweisung erfahren und sei nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden.

Ich habe es bisher nicht für erforderlich gehalten, in der Öffentlichkeit derartige Annahmen zu beachten. Die Mitglieder des deutschen Reichswirtschaftsrates haben aber im Hinblick auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen in Genf meines Erachtens Anspruch darauf, zu erfahren, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Ich lege begreiflichen Wert darauf, Ihnen die Wahrheit mitzuteilen und erkläre deshalb folgendes:

Ich und meine Verwaltung, die Vereinigte Königs- und Laurahütte, sind aus dem ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein weder ausgeschlossen noch ausgetreten, sondern gehören demselben noch heute an. 2. Ich habe niemals den Verband der polnischen Eisenhüttenwerke oder irgend eine andere polnische industrielle Organisation um Aufnahme gebeten, konnte also auch nicht abgewiesen werden. 3. Ich habe niemals mit der polnischen Regierung wirtschaftspolitische Verhandlungen vorgenommen, habe auch keine Lokalitätserklärung abgegeben oder Zusicherungen oder Verprechungen irgendwelcher Art gemacht. Ich konnte also auch dort keine Abweisung erfahren. An den genannten über mich verbreiteten Nachrichten ist auch nicht ein wahres Wort. Sie sind laun und besonders frei erfunden und unwarhaft.

Die Nachrichten scheinen von Konkurrenz-Interessenten aus Oberschlesien ausgegeben worden zu sein. Hilger sollte sich einmal um die Telegraphenagenturen kümmern, die sie ausgaben.

Der ausgewiesene Awalloff.

Die „rote Fahne“ teilte in ihrer Mittwoch-Morgen-Ausgabe mit, daß sich Awalloff-Bermond trotz seiner Ausweisung durch die preussische Regierung wieder in Berlin aufhält. Die uns mitgeteilt wird, trifft diese Meldung zu. Awalloff-Bermond begab sich nach seiner Ausweisung nach Hamburg, wo er bis jetzt wohnte. Auf Anordnung des Reichsministeriums des Innern wurde er auch dort ausgewiesen, sodas er jetzt drabstichtigt, nach Amerika zu reisen. Auf Wunsch wurde ihm zur Regelung dringender geschäftlicher Angelegenheiten ein achtstägiger Aufenthalt in Berlin genehmigt unter der Bedingung, daß er der Berliner Polizeibehörde den Tag der Abreise und der Abreise mitteilt. Awalloff-Bermond wird bereits Freitag oder Sonnabend abreisen.

Memelgebiet und Deutschland.

Im Auswärtigen Amt haben Verhandlungen mit Vertretern des Memelgebietes über die Besetzung eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens begonnen. Staatssekretär Haniel eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßung der Memeler Vertreter, für die der Vorsitzende der Memeler Delegation, Landespräsident Steputat, dankend erwiderte. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Ein politisches Attentat in Horthy-Ungarn.

Von bisher unbekanntem Täter wurde in einem der angesehensten Bürgerclubs Budapests, wo eine Zusammenkunft veranstaltet wurde, dem einige hervorragende politische Persönlichkeiten, darunter mehrere oppositionelle Führer, bewohnten, eine auf Zeit eingestellte Höllenmaschine eingeschmuggelt, die kurz vor Beginn der Abendmahlzeit explodierte. Das Lokal wurde zum größten Teil verwüstet. Nach den bisherigen Feststellungen sind vier Personen, angelehnt hauptstädtliche Bürger, darunter zwei Fabrikanten, getötet, etwa dreißig gleichfalls angelehnte Bürger, darunter mehrere Ärzte, Kaufleute und Journalisten, schwer und weitere dreißig Personen leichter verletzt. Von den Tätern hat man bisher keine Spur. Ungeheuerlich handelt es sich um ein gegen oppositionelle Politiker gerichtetes Attentat.

Aus aller Welt.

Kreuzung der Heilsarmee gegen das Schminken.

Eine Frau hat nicht das Recht, die Welt irrezuführen; Frauen, die sich schminken, die Haare färben und die Augen vergrößern, sind Betrüger und müssen als solche bestraft werden. Mit solchen Worten ruft die Führerin der amerikanischen Heilsarmee, Evangeline Booth, zu einem „Kreuzzug“ gegen das Schminken auf. Viele Schminken und namentliches Angliz sind schon durch solche Täuflungen herangezogen worden. Nur der Kampf gegen diese Fälscherlünge kann die Stillschkeit und das Eheleben verbessern.

Granatzünder in der Taube.

Der Lehrer Jergens in Londern bei Hameln hatte einen Granatzünder in der Taube. Wahrscheinlich durch einen Stoß gegen die Wand explodierte der Zünder. Einem Knaben wurde Oberarm und Unterarm zertrümmert, zwei andere Schüler wurden ebenfalls schwer verletzt. Ein weiterer Knabe erhielt einen Splitter in die Lunge. Der erste Knabe starb nach wenigen Minuten. Alle Verunglückten standen kurz vor der Konfirmation.

Ein Apfel gleich 100 Kronen.

In Wien kostet jetzt ein Pfund Äpfel 300 Kronen; wenn man bedenkt, daß drei halbwegs schöne Äpfel auf ein Pfund gehen, so kostet ein Apfel etwa 100 Kr. In Tirol ist diese Ware aber noch teurer. Dort kommt ein Pfund bessere Apfelsorte auf 800, ja 1000 Kronen! Schon für Ausfuhrwaren werden kaum mehr erlöswingliche Preise bezahlt.

Elf Personen von Wölfen zerrissen.

Die Zukareiter Räder melben: In das Dorf Petrosin in Rumänien drang ein Rudel hungriger Wölfe ein und zerriss fünf Kinder in Stücke. Die Einwohner griffen die Bestien mit Stöcken und Feuer- und Mistgabeln an. Es wurde aber nur ein Wolf getötet. Dagegen wurden 38 Bauern von den Bestien mehr oder weniger schwer verletzt. Außerdem fanden sechs Bauern dabei den Tod.

Für zwei Millionen Blattgold gestohlen.

Ungewöhnlich reiche Beute machten Geldstrahlfreundbrecher in Berlin. Sie suchten die Geschäftsräume einer großen Buchbinderei im Zentrum Berlins auf, indem sie sich mit Nachschlüssel den Eingang in die im dritten Stockwerk eines Fabrikgebäudes belegene Kontorräume verschafften. Dort brachen sie nach Art gewerkschaftlicher Geldstrahlfreundbrecher zwei Geldstrahle auf. In diesen fanden sie 10 000 Mk. bares Geld und für zwei Millionen Mark Blattgold. Auf die Wiederherbeziehung dieses Blattgoldes ist eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt, auf die Ermittlung der Täter außerdem noch 10 000 Mark.

Um einen Hund.

An der Ecke der Stralauer Allee und der Böhmerstraße in Berlin führte abends ein Hundebesitzer seinen Hund spazieren. Der Hund wollte zwei Leute anfallen, worauf zwischen diesen und dem Hundebesitzer ein Streit entstand. Im Verlaufe dieses Streites schoß der Hundebesitzer auf die beiden Leute. Einer von ihnen, der Arbeiter Albert Diebel, wurde dabei getötet, der andere, Gasmaier Wassef, verwundet.

Gewerkschaftsbewegung.

Rein Aprilscherz.

Am 1. April sandte uns der Allg. Eisenbahnerverband (Hirsch-Dunder), dem die Eisenbahn- und Büroarbeiter angegliedert sind, einen Bericht über den letzten Bezirkstag der Eisenbahn- und Büroarbeiter zur Veröffentlichung. Wir haben diesen Bericht nicht veröffentlicht, einmal, weil diese Organisation nicht der von uns vertretenen Richtung der freien Gewerkschaften entspricht, zum anderen, weil uns der Inhalt der in diesem Bericht enthaltenen Entschlüsse, die einen sofortigen Lohnabbau um 50 Prozent, sowie Preisabbau sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsgegenstände forderte — geradezu wie ein Aprilscherz annahm. Es war aber kein solcher, denn die „Schlesische Zeitung“ vom 3. April bringt den gleichen Bericht bedenkenlos und man vermerkt beim Lesen dieser unheimlichen Entschlüsse förmlich die strahlenden Gesichter der deutschen Redakteure vor sich zu sehen, die dadurch öffentlich feststellen können, daß es wirklich Gewerkschaftler gibt, die sich für einen sofortigen Lohnabbau um die Kleinigkeit von 50 Prozent einlassen und die in vollkommener Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, den Gewerkschaften im allgemeinen als auch der eigenen Gewerkschaft im besonderen falsche Lohnpolitik vorwerfen. Wir veröffentlichten nun doch die in jener Versammlung wirtschaftlich unangenehme gefasste Entschlüsse, um unseren gewerkschaftlich interessierten Lesern zu zeigen, wie weit jene unheimliche, von keiner Kenntnis der Verhältnisse beleitete Kritik an der Lohnpolitik der Gewerkschaften — ohne daß man dabei etwas Besseres anzuraten vermag — führen kann. Die Entschlüsse lauten:

Die heut versammelten Vertrauensleute des Verbandes der Eisenbahn- und Büroarbeiter fordern einen sofortigen Lohnabbau von 50 Prozent und einen sofortigen Preisabbau sämtlicher Lebensmittel, Bedarfsgegenstände usw. von 50 Prozent und so weiter durch fortgesetzte Verhandlungen, bis zum 1. Oktober die Friedenspreise und Friedenslöhne erreicht sind. Begründung. Seit der Revolution treiben sämtliche Gewerkschaften eine Lohnpolitik, die die gesamte arbeitende Bevölkerung immer tiefer ins Elend gestürzt hat. Mit jeder Lohn-

erhöhung hat die Arbeiterklasse immer weniger zum Leben durch die riesigen Wucherpreise in allen Artikeln. Geldentwertung und Arbeitslosigkeit sind die Folgen und gehen wir mit Rückschritten russischen Verhältnissen entgegen. Sollten die Spitzenorganisationen keine Schritte hierzu unternehmen, stellt die Disziplin die Zahlung der Verbandsbeiträge ein.

Es ist geradezu großartig, wie sich die Logik hier überschlägt. 50 Prozent Lohnabbau, 50 Prozent Preisabbau usw. bis zum 1. Oktober Friedenspreise erreicht sind. Das geht nur so im Handumdrehen. Wir wünschen dem Allgemeinen Eisenbahnerverband, daß er dieses Kunststück zunächst fertig bringt und dabei keinen Schaden nimmt. Wir haben erst vor einigen Tagen an dieser Stelle die absolut irrtümliche Auffassung über angeblich falsche Lohnpolitik der Gewerkschaften richtig gestellt. Dies gegenüber den Vertrauensleuten der Eisenbahn-Innen- und Büroarbeiter nochmals zu tun, erscheint uns überflüssig. Vielleicht finden sie bei ihrer Laftik Unternehmung durch andere Gewerkschaften gleich ahnungslosen Kalibers. Ihrer wird sich in der Frage des Lohnabbaus das Unternehmertum begeistert annehmen. Es wartet schon lange auf solche Gelegenheit.

Die Drohung zur Sperrung der Beiträge an die eigene Organisation vertritt übrigens ein Maß von gewerkschaftlicher Disziplin, um das den Eisenbahn-Büro- und Innenarbeiterverband niemand beneiden wird.

Der deutsche Transportarbeiterverband

hatte die Würzburger, Kassenboten, Bader, Hausknechte, Kutsher und Radfahrer des Handlungsgewerbes, sowie die Kraftwagenfahrer in Handel und Industrie am Mittwoch abends zu einer Sektionsversammlung nach der „Wilhelmsburg“ eingeladen. Der Aufzorderung waren die Mitglieder in so großem Maße gefolgt, daß Saal und Galerie die Erschienenen nicht fassen konnten und große Massen umkehren mußten. Stadtrat Kollege Sent gab das Verhandlungsergebnis des Schlichtungsausschusses bekannt, worauf die Versammelten mit Mehrheit den Beschluß faßten, diesem zuzustimmen, nachdem sie betonten, daß in Anbetracht der gewaltigen Teuerung die Erhöhungen bald zur Auszahlung gelangen mögen. (Ergänzender Bericht folgt morgen, Red.)

Ende des Berliner Mülltütcherstreiks.

Unter Vorsitz des Demobilisierungskommissars wurde zwischen den seit dreizehn Wochen streikenden Berliner Mülltütchern und den Arbeitgebern ein Schlichtungsspruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Durch den Schlichtungsspruch, der den Ausständigen einen Arbeitslohn von 800 Mark wöchentlich zubilligt, hat der Streik der Berliner Mülltütcher endlich ein Ende gefunden.

Damit ist in Berlin eine Bewegung beendet, die es mit sich brachte, daß dank der fabelhaften Verknappung sozialer Not, die Mülltütcher ein Vierteljahr auf die Müllhaufen lagen und die einfache und selbstverständliche Forderung, ihre elementarsten Lebensinteressen zu sichern.

Wie verständnislos sich demgegenüber die Arbeitgeber benehmen, haben wir ja wiederholt festzustellen Gelegenheit gehabt.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale.

Auf Grund der hochschätzlichen und bereits veröffentlichten Satzungen der Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale wurden in der letzten Sitzung die Mitglieder des Ausschusses (§ 4) und des geschäftsführenden Vorstandes (§ 5) gewählt. Als Vorsitzende wurden bestimmt für die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände der Kollege Kogur, für die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände der Kollege Handeler.

Mit den der Beamtenzentrale zugewiesenen Arbeiten wurde sofort begonnen.

Die Reichskonferenz der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, die jetzt in Berlin tagt, nahm am Mittwoch nachmittags die Neuwahl der Vorstandsmitglieder vor. Infolge der überaus heftigen Angriffe, die gegen die Mitglieder des alten Vorstandes gefallen waren, zogen sämtliche Kandidaten der Richtung Schindt ihre Bewerbungen zurück und stellten einen Kompromisskandidaten auf. Die Abstimmung ergab jedoch die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Renne mit großer Mehrheit; Renne erhielt 134 Stimmen, der Kompromisskandidat Kleinmünster 54 Stimmen. Zweiter Vorsitzender wurde Scharschwerdt mit 121 Stimmen. Renne erklärte nach seiner Wiederwahl, daß, so lange er das Steuer der Reichsgewerkschaft führe, nicht ein einziger Gemahregelster auf der Strecke bleiben werde. Der Kaiser müsse unbedingt sein gegebenes Wort halten, andernfalls werde die Reichsgewerkschaft durch Kampf das erreichen, was ihr auf dem Verhandlungswege verweigert wird.

Wasserstand

vom 6. April 1922.

Rahbor	2,26	Breslau (Unter-Pegel)	— 0,68
Krapitz	2,42	Ransow (Ober-Pegel)	4,68
Kofel	1,14	Unter-Pegel	2,84
Brieg (Mallentram)	3,10	Dybenhuth	2,28
Wielmündung (Ober-Pegel)	3,82	Treschen	1,47
Wielmündung (Unter-Pegel)	2,20	Wasserwärme: + 5°	
Breslau (Ober-Pegel)	5,20		

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

für Milch- und Mehlspeisen, Saucen, Kakao, Tee, Puddings, Kuchen, Torten, Eis und als Zusatz zu solchen Eingemachten Früchten, die unreinschwaches Aroma haben, wie z. B. Apfelsauce, Marmelade etc. etc.

Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man nur **Dr. Oetker's Fabrikate** mit der Schutzmarke **Oetker's Fabrikate** kauft.

Stadt-Theater.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
La Traviata.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Café au lait.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male: Die tote Stadt
Schauspielhaus.
Operettendebüt. Tel. Ring 2545.
Seute u. täglich 7 1/2 Uhr:
Der Tanz ins Glück
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Kaiserin.

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barnes.
Lobe-Theater, Thalia-Theater.
Donnerstag, 6. April, 7 1/2 Uhr: **„Haben Sie nichts zu verzeihen?“**
Freitag, 7. April, 7 1/2 Uhr: **„Kabale und Liebe“.**
Donnerstag, 6. April, 7 1/2 Uhr: **„Lili Grün“.**

Zeltgarten.
Die täglichen großen
Herausforderungs-
1014 Preis-
Ringkämpfe.
Heut Donnerstag ringen:
Eryll, Oppen
Petrowitsch, Rudland
Witzsch, Galizien
Weinera, Mandschuri
Gr. Entschidungskampf
Nar-Son, Franland
Karsch, Schweidnitz
Vor den Kämpfen
des großverleiteteschen
Anfang 7 1/2, Kämpfe 9 1/2

KHAUERG **DK**
1015
1/25, 1/27, 1/29 Uhr
Heute letzter Tag!
Der Abenteuer-
Sensations-Schlager:
Der heilige Haß
— 10 Akte —
Die Hochzeitsnacht
im Tigerkäfig.
Die Frau „zur Linken“
Die Kritik schreibt:
„Der heilige Haß“ hat
viel Ähnlichkeit mit dem
„indischen Grabmal“,
übertrumpft es aber
noch in der Entfaltung
von Prunk u. Masse
In beiden Theatern: **Neue Varietéschan.**

Bevor 5 Uhr!
Die gefährlichen
Abenteuer
eines Vielgesuchten
Karry
Piel
Die Geheimnisse
des Zirkus Barré
8 Akte.
— Außerdem: —
Der Skandal im
Kurhotel Kr . . .
nach dem Roman
„Bardame“, 5 Akte.
Neue Varietéschan.

MUSIK-OPFERTAG
Donnerstag, den 6 April im Festsaal des Konzerthaus Zoo
Gr. Wohltätigkeits-Konzert
zu Gunsten der Orchester-Musikschulen
unter gefl. Mitwirkung der Damen:
Frau Bella Fortner-Halbaerth, Fräulein Grete Pust
der Herren Fritz Kuhl u. Max Roth vom Stadttheater
Orchester:
60 Mitwirkende 60 Mitwirkende
Direktion: Dr. Müller-Prem :: Max Homberg
Anfang 7 Uhr **Anschließend Ball** Anfang 7 Uhr
Eintritt 10 Mark ausschließl. Steuer
Vorverkauf bei: Hainauer und Konzerthaus Zoo.

Das erreicht man mit Schuhputz Lavalin

Vertreter für Schlesien:
Georg Knauer, Breslau 13,
Viktoriastraße 65. Telefon Ring 6096.

Strohüte
in den neuesten Formen
Freund & Krebs
Strohütefabrik
Karlstr. 30 neb. d. Hofkirche
Strohüte jeder Art
Herren-Filzhüte und
Kouffmannen - Hüte
werden angefertigt.

Erstaufführung
7. April
DER RINGIMONAT
Kaiser-Lichtspiele
Neue Schweißhütter Straße 19.

Joseph
Beachten Sie bitte die Anzeile in der morgigen Zeitung an diesem Platze

Freitag und Sonnabend
1a Zickelfleisch 1055
von 16.— Mk an
1a Ziegenfleisch 1055
Pfund v. 18.— Mk. an
sowie Gänse, Enten, Puten u. Hühner
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Herbert Böhm, 101.
Gartenstr. 62, neben „Vier Jahreszeiten“

Möbel
auf Kredit
elaste ns Stücke
ganze Einrichtungen
preiswert u. gediegen
Karschky & Co.
Friedrichstr. 21

Rindfleisch 1052
Rindfleisch ohne Knochen, gefr., Pfd. 18.—
Rindfleisch, Suppentfleisch, „ „ 13.—
Kleinfleisch „ 6.—
Leberwurst „ 22.—
Knoblauchwurst „ 22.—
C. Großkopf, Mariannenstr. 15

! Frauen !
Wenden Sie sich sofort bei
krankh. monatl.
Störungen 1046
nur an mich, langjährige Er-
fahrung, Günstige Erfolge d.
m. Präparate. Viele freigelegte
Dankschreiben. Preis 2.00 Mk.
Heute hole ich mit 20. Mittel
und morgen mit der Erfolg ein
Preis 15, extra Hart 30 Mk.
Gammigerey, Spülspüngen,
Reinigungsmittel
Katalog gegen Rückporto.
Frau M. Böhm, Breslau II,
Gründer 9, 62/10 u. 62/11

J. Frauen-Friedens-Bund
BRESLAU, Palmstraße 23.
Freitag, den 7. April, abends 8 Uhr:
Oeffentlicher Vortrag
in den Räumen des J. F. F. B., Palmstraße 23:
„Atem ist Leben“
Eintritt 4 Mark.
Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr:
Oeffentliche Andacht
in den Räumen des J. F. F. B., Palmstraße 23:
„Auferstehung“
Eintritt frei für jedermann. 41

Städtl. „Wilhelmsburg“ Herdorf-
straße 54
Heute sowie jeden Donnerstag:
Gr. Tanzfränzchen
Im Mai ist noch ein Sonnabend an einen größeren
Verein zu vergeben. 1043

Von vielen tausend Ärzten
ständig verordnet
Röstriber
Schwarzbier
ein Nähr- und Kraftbier.
General-Vertrieb **B. Czaya**
Breslau 6. 1051

**Elegante Frühjahrs-
Anzüge**
noch sehr preiswert
Wilh. Ed. Schubert
43 Klosterstraße 43

Otto Stiebler,
Breslau 1
Die teuren Fleischpreise zwingen
dazu, jeden gebotenen Vorteil zu
benutzen, um eine Verbilligung des
Küchenzettels herbeizuführen. Es
bietet hierzu Gelegenheit die Ver-
wendung von
Rindfleischbrühe-Extrakt
„Kraftin“
Solange Vorrat reicht, noch zu den
bisherigen Preisen:
Topf 60 125 250 Gr.
Mk. 7.— 13.— 25.—
Topf 1/2 1 Kg.
Mk. 47.— 90.—
Donnerstag und Freitag
finden in unserer Zentrale,
Zwingerplatz 5,
Kostproben
statt.
Ueber unsere sonst noch sehr
preiswerten
Lebensmittel
geben unsere Preisanhänge Auf-
schluß. Nach auswärts auf Wunsch
kostenfreie Zusendung unserer
Preisliste.
Zentrale Zwingerplatz
Mitteln in allen
Geschäften

Tuchhaus
„Goldene Sonne“ Matthiasstraße 14
Stoffe für Herren u. Damen
Riesenauswahl Billigste Preise

Arbeiter-Wäsche und Schuhwaren
laufen Händler und Wieder-
verkäufer am billigsten bei
R. Suchatzky, Hubenstraße 31
Telefon Ring 11056. — Verlangen Sie Preisliste!

Händler!
Schneiseitel billig!
Krasch, Herdainsstraße 72

Eis-Bod
schänkt
Freitag, den 7. April
Brauerei Wiesner.

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Druckfachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Gurlstraße 4/6.

Für Kliffwees
und Anzeigen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Antrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewehr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Volkswacht

Dixin
Gewaschen mit

Henkel's Seifenpulver
Hersteller:
Henkel & Co
Düsseldorf

Arbeitsmarkt
Damentonfektion.
Tätige Näherinnen außer dem Hause (T. H. H.)
Heuer, Steinauer Straße 8.

Gute inhaltsreiche
Erzählungen!
Diederich, Schillerungen
u. Schillerungen I, geb. 5.—
Diederich, Schillerungen
u. Schillerungen II, geb. 2.50
Einer, Schillerungen
Diederich, geb. 1.—
Lorenz, Rein Schiller's
Hüpfen . . . geb. 8.—
empfehlen
Volkswacht-Zustandigung
Breslau, Neue Gravenpforte 5

Zeitungsträgerinnen
für Carlswig gesucht.
Erpedition der „Volkswacht“, Gurlstr. 4/6.

Junge Leute,
14-20 Jahre, mit Lust zur
Landarbeit, sucht
Städt. Arbeitsnachweis,
Gartenstraße 5, Zimmer 52.
Stellen in Nähe Breslaus,
vom Arbeitsnachweis dauernd
beauftragt. Löhne: Bei voller
Kost und Wohnung 1500 bis
2500 Mk. jährlich, je nach
Alter, oder bei Deputat 1.50
bis 1.70 Mk. pro Stunde.

Bügl(er)in
auf Damentonfektion kann
sich melden. 1054
Herder,
Ehrenstraße 16.
Bitte bei allen Ein-
läufen Heis
die Inserenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Das Thema der Distriktsversammlungen am Montag, den 10. April:

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Die in der Parteigenossenschaft über sehr großes Interesse hervorzurufen. In der Zeit der allgemeinen Not wird auch sehr häufig harte Kritik an der Tätigkeit der parteigenösslichen Stadträte und Stadtverordneten geübt.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. In diesen Versammlungen soll nach dem Tätigkeitsbericht in allgemeiner Aussprache unsere Kommunalpolitik behandelt werden.

Distrikt 2. Heute abend 8 Uhr, bei Ulrich, Brandenburgerstraße. Sitzung sämtlicher Funktionäre und Fahnenkommissionsmitglieder.

Mehr Bildung tut not.

In Deutschland sah man wohl im Kriege Plakate, in denen auf die geringe Zahl der deutschen Hochschulabsolventen hingewiesen wurde, um den Vorwurf, wie kein Hunnen oder Barbar, zurückzuweisen. Doch von einer großzügigen, staatlichen und kommunalen Bildungsprogranda haben wir nichts.

Bildungsarbeit ist notwendig für ein Volk, das seine Kräfte mit anderen messen will. Kummerl sich das Volk nicht genügend um eine zeitgemäße Ausbildung seines Nachwuchses, so droht es zurück zu gehen und wird von anderen strebsameren Völkern überholt.

Ein Geschlecht, das in diesem Sinne arbeitet, wird auch mehr Mittel haben für die Bildungspropaganda als für die Alkohol- und Kinoreklame.

Keine Klassenjustiz!

Der Chefredakteur Gottsch des alldeutschen Heftblättchens „Schlesische Tagespost“, die an Beschimpfungen der Republik und sozialistischen Führer am Orte jeden Retord schlägt, hatte im November vorigen Jahres dem Genossen Minister Severing Leichtsinnigkeit und Gewissenlosigkeit vorgeworfen.

als auch seiner Ueberzeugung entsprechend genau zum Ausdruck gebracht habe.

Diesen offensichtlichen Unfug machte sich das Gericht zu eigen, sprach den Beschädigten frei und ermunterte durch dieses Urteil alle deutschnationalen Federhelden, weiterhin lustig darauflos zu verfeilschen und zu beleidigen.

Ein Redakteur der „Volkswacht“ wurde kürzlich wegen einer Kritik an einem Staatsanwalt, deren beleidigende Form zum mindesten sehr zweifelhaft war, zu 14 Tagen Haft verurteilt.

Der lästige Ausländer.

Der Breslauer Vogel v. Freitagshagen fühlte sich nach der Anfrage unserer Genossen Scholich, Erwig und Winger im Landtage noch schlimmer in der Bretonille, als er nach den verschiedenen Veröffentlichungen der „Volkswacht“ ohnedies schon sah.

Schließlich will Vogel Freitagshagen dem Welt weis machen, daß er kein Ausländer sei, da er ja als preussischer Beamter auch die preussische Staatsangehörigkeit bestimme.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Paul Barck und Hans Höfler.

Diesen beiden heimischen Dichtern ist der 2. Schlesische Dichtertag am kommenden Mittwoch gewidmet.

Und Hans Höfler, der schon einmal beim Volkskunstabend im April 1920 bei uns war und sich damals — wie die „Volkswacht“ Kritik schrieb — den Löwenanteil des Abends sicherte, wird seine meist feineren Dialekt-Dichtungen wieder selber vortragen.

Eintrittsprogramme zum Preise von 2 Mark an den bekannten Vorverkaufsstellen.

Anfängerkursus in Russisch.

Es hat sich doch wieder eine ganz zahlreiche Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden, die den Kampf mit den Schwierigkeiten der russischen Sprache aufnehmen will.

Der Unterricht findet statt am Dienstag und Freitag von 6 1/2—8 Uhr. (Es werden also jedesmal 1 1/2 Stunden gegeben.)

Wer sich für den Kursus noch interessiert, melde sich morgen abend vor Beginn des Unterrichts in der Rath. Reichshalle, Mikolajkagraden 29.

Wünschenswert wäre, daß frühere Teilnehmer russischer Kurse, die das Lehrbuch nicht mehr gebrauchen, dieses den neuen Schülern verkaufen.

Gerichtliches.

Schwere Strafen für Pferdediebe.

Die hiesige II. Strafkammer verhängte am Montag selten schwere Strafen gegen eine Anzahl, zum Teil noch recht junger Pferdediebe.

Die Gele der Gajzen war der in Kableme bei Herrnsdorf wohnende Gastwirt Franz Powlisz. Dieser war früher Pferdebändler, ist auch wegen Pferdediebstahl verurteilt, doch jetzt bediente er sich der oben genannten Personen.

Wie die weitere Verhandlung ergab, war bei Powlisz in Kableme ein umfangreiches Hehlernezt. Ganze Transporte Pferde sollen gestohlen worden sein, die alle nach Kableme gingen.

Die Gele der Gajzen war der in Kableme bei Herrnsdorf wohnende Gastwirt Franz Powlisz. Dieser war früher Pferdebändler, ist auch wegen Pferdediebstahl verurteilt, doch jetzt bediente er sich der oben genannten Personen.

Die Gele der Gajzen war der in Kableme bei Herrnsdorf wohnende Gastwirt Franz Powlisz. Dieser war früher Pferdebändler, ist auch wegen Pferdediebstahl verurteilt, doch jetzt bediente er sich der oben genannten Personen.

liche Pferde, die aus diesen Diebstählen herrührten, konnten den Eigentümern zurückgegeben werden. Erst nach umfangreichen Ermittlungen der Kriminalpolizei gelang es, das Hehlernezt in Kableme auszuhacken und die Eindreher hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Die doppelte Garderobenummer.

Am 6. Dezember ging der Kaufmann Danziger mit seinem Freunde, dem Schlosser Artl, zu Liebich, Danziger hatte noch einen zweiten Hut mitgebracht, den er durch Artl an der Garderobe abgeben ließ.

Bestrafter Bucher.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Eine Milchhändlerin aus dem Kreise Trebnik ist wegen Abgabe von Milch an Wiederverkäufer ohne Erlaubnis mit 1000 Mark Geldstrafe bestraft worden.

* Ins Wasser gesprungen ist am 4. abends in der 11. Stunde an der Matthiaslust ein junger Mann (Schloffer), um sich das Leben zu nehmen.

* Einbruch. Zum 2. Male haben Eindreher den hiesigen Schülerinnengarten heimlich und daraus eine eiserne Kassenkiste gestohlen.

* Unbekannte weibliche Wasserleiche. Am Nadelwehr an der Rosenthaler Brücke ist am 2. d. Mts. die Leiche einer unbekannt weiblichen Person gefunden worden.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: „La Traviata“ mit den Damen Kollner, Hek und den Herren Dimano, Hauschild, Hoberg, Rudow, Taubert, Witelopff.

Vereinigte Theater. Im Lobe-Theater wird am Donnerstag die Offizierstragödie „Rosenmontag“ wiederholt und am Freitag geht Schillers „Kabale und Liebe“ in Szene.

Im Thalia-Theater gelangt am Donnerstag der erfolgreiche Schwank „Haben Sie nichts zu verzollen“ und am Freitag „Lili Grün“ zur Wiederholung.

Kunstgemeinde im Lobe-Theater. Am Donnerstag ist die 8. Vorstellung für Serie D. Die Abonnenten der Kunstgemeinde werden an die Abhaltung ihrer Karten für die neue Karte erinnert.

Im Lobe-Theater findet am Gründonnerstag und Karfreitag ein bemerkenswertes Ensemblespiel statt. Es gastiert das Berliner Theater „Die Tribüne“ mit dem Schauspiel „Der Bettelmann mit dem Schatten“ von Wilhelm von Scholz.

Bereinstalender.

Konjum-Verein „Vorwärts“. Es finden Lichtbildervorträge über das Thema: Genossenschaftswesen des In- und Auslandes statt.

Tapetierere-Mitgliederversammlung. Freitag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Wratzlawia, Mauritiusplatz 4.

Bauhütte e. G. m. b. H. Mittwoch, den 12. April, abends 5 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung statt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Sachwitz-Caritz, Sonntag, den 9. April, nachmittags 2 Uhr, findet in Caritz im Reutentanz eine Versammlung statt.

